

# Wahlfreiheit »made in USA«: zwischen würdevollem Elend und bedingungsloser Kapitulation

*Wilhelm Kempf*

Wie überraschend die Wahlniederlage der Sandinisten am 25. Februar 1990 auch für alle Beteiligten gekommen sein mag, ist sie doch nur die logische Konsequenz des Krieges "niedriger Intensität", welchen die USA neun Jahre lang gegen die nicaraguanische Bevölkerung geführt haben, und den daher auch nur die nicaraguanische Bevölkerung selbst durch ihre Kapitulation beenden konnte. Folgerichtig erklärte US-Präsident Bush sofort nach Bekanntwerden des Wahlausganges die Kriegsziele der USA als erreicht und forderte, daß unverzüglich ein Waffenstillstand eingehalten werde. Nun gebe es keinen Grund mehr für weitere militärische Aktivitäten irgendeiner Seite.

In der US-Militärdoktrin der Kriegsführung niedriger Intensität stellt der bewaffnete Kampf nur einen Teilaspekt der



*Violetta Chamorro, Präsidentin Nicaraguas und Virgilio Godoy, Vize von US-Gnaden*

Kriegsführung dar. Auch wirtschaftliche, politische und psychologische Maßnahmen werden als integraler Bestandteil einer militärischen Praxis begriffen, deren Ziel vor allem darin besteht, eine gewünschte Verhaltensänderung in der Bevölkerung zu erzwingen.

Hatte US-Präsident Carter noch versucht, die nicaraguanische Revolution durch selektive Anreize und politischen Druck zu kanalisieren, so richtete sein Amtsnachfolger Reagan die Nicaragua-politik der USA auf die Destabilisierung und den Sturz der Regierung in Managua aus. Zielsetzung war es, den nationalen Konsens zu zerstören, der sich im Widerstand gegen die Diktatur herausgebildet hatte. Gleichzeitig sollte verhindert werden, daß eine erfolgreiche Revolu-

tion zum Beispiel für ganz Lateinamerika werden könnte.

So wurde sofort nach Reagans Amtsantritt die bilaterale Wirtschaftshilfe der USA an Nicaragua gestrichen. Bereits genehmigte Kredite wurden gesperrt. Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank wurden von den USA unter Druck gesetzt um Nicaragua jeden Zugang zu Krediten zu verweigern. US-Konzerne verlegten ihre Produktion aus Nicaragua in andere zentralamerikanische Länder. Laufende Verträge wurden nicht eingehalten und Handelsbeschränkungen wurden erlassen.

Gleichzeitig begann Reagan mit dem Aufbau der "Contra", einer konterrevolutionären Söldnertruppe aus ehemaligen Mitgliedern der berüchtigten National-

garde Somozas. Ende 1983 standen um die 12000 Mann unter Waffen. Ihre Anschläge richteten sich vor allem gegen ökonomische Ziele und die Infrastruktur des Landes. Im Oktober 1983 erfolgten außerdem Angriffe des CIA auf Corinto und Puerto Sandino, die beiden wichtigsten Häfen Nicaraguas. Von den Erfolgen ermutigt, betrieb der CIA in den ersten Monaten des Jahres 1984 die Verminung der nicaraguanischen Häfen, die später zur Verurteilung der USA durch den Internationalen Gerichtshof in Den Haag führte.

Bei all diesen Operationen ging es nicht nur um die direkten ökonomischen Schäden, welche durch die Überfälle verursacht wurden, sondern - wie US-Regierungsbeamte (zit.n. Chomsky, 1988, S.49) offen eingestanden - auch darum, daß "die Contras die Sandinisten schwächen, indem sie sie zwingen, ohnehin knappe Mittel für den Krieg aufzuwenden und den Sozialprogrammen zu entziehen".

Wenn es Reagan zu diesem Zeitpunkt dennoch nicht gelungen ist, in Nicaragua eine politische Opposition zu schaffen, welche die Machtfrage hätte stellen können, so ist dies vor allem auf die Konsequenz zurückzuführen, mit welcher die FSLN trotz sich verschärfender Kriegsbedingungen die demokratische Neuordnung des Landes betrieb und damit die Propaganda Lügen strafte, welche die Regierung in Managua als totalitäres Regime erscheinen lassen wollte. Aus den Wahlen, welche im November 1984 unter internationaler Kontrolle von über 400 Wahlbeobachtern aus aller Welt stattfanden, ging die FSLN mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen als Sieger hervor. 33 Prozent der Stimmen verteilten sich auf die sechs Oppositionsparteien, welche sich an den Wahlen beteiligt hatten.

Die Hoffnung Nicaraguas, die USA durch die demokratische Legitimierung seiner Revolution zum Einlenken bewegen zu können, erfüllte sich jedoch nicht. Nachdem Reagan bereits einen Teil der Oppositionsparteien zum Wahlboykott gedrängt hatte, erklärte er die Wahlen zur "Farce" und nahm sie einfach nicht zur Kenntnis. Stattdessen verfügte Reagan Anfang Mai 1985 mit einem totalen Handelsembargo gegen Nicaragua eine weitere und für die Erreichung der Kriegsziele der USA entscheidende Eskalation des Krieges: erlitt das Land zwischen 1982 und 1987 durch militärische Aktionen der Contra und des CIA Schäden in Höhe von 297.9 Mio. US\$ an Produktionsmitteln und Einrichtungen der sozialen Versorgung, sowie kriegsbedingte Produktionsverluste in Höhe von 1288 Mio US\$, so gingen Nicaragua

infolge des Handelsembargos innerhalb von zweieinhalb Jahren (bis Ende 1987) Exporteinkünfte in Höhe von 325.4 Mio US\$ verloren. Die durch das Handelsembargo entstandenen Verluste im Brutto-Inlandsprodukt werden auf 2546 Mio. US\$ geschätzt. Zusammengerechnet: 4477.3 Mio. US\$.

Was diese Zahlen - bei einem Brutto-Sozialprodukt von 2760 Mio. US\$ (1985) - bedeuten, liegt auf der Hand. Nicaragua wurde in die schwerste Wirtschaftskrise seiner Geschichte gestürzt. Eine Inflationsrate, die 1987 die Rekordhöhe von 300% im Monat erreichte, zwang die Regierung 1988 zu einer Reihe von drastischen Maßnahmen, deren Hauptlast die ärmeren Teile der Bevölkerung zu tragen hatten. Dadurch konnte die nicaraguanische Wirtschaft zwar noch einmal vor

hervorgeht, die das Forschungszentrum ITZTANI im Juni 1988 in Managua durchgeführt hat, unterstützten zu diesem Zeitpunkt immer noch 71.7% der Befragten die Politik Präsident Ortegas, obwohl nur 19% die Ansicht vertraten, daß der Grund für die wirtschaftlichen Probleme »Reagan«, »die Aggression«, »die Blockade« oder »der Krieg« seien und 36% der Befragten meinten, daß das Hauptproblem der Wirtschaft »die niedrigen Löhne«, »die geringe Produktion« oder eine »schlechte Regierung« seien (zit.n. Kempf, 1990, S.84). Diese Diskrepanz macht deutlich, daß die wirtschaftliche Notlage allein nicht ausreichte um der Regierung das Vertrauen zu entziehen - jedenfalls so lange nicht, als die Regierung durch ihre erfolgreiche Friedenspolitik die Hoffnung auf ein bevor-



Nicaragua, 1979

dem Kollaps gerettet werden. Gleichzeitig war es den USA damit jedoch gelungen, nicht nur die Beispielswirkung Nicaraguas auf andere Länder der Region ein Stück weit zu neutralisieren, sondern auch eine Basis für die psychologische Destabilisierung der nicaraguanischen Bevölkerung zu schaffen. Wie die Ergebnisse einer psychologischen Erhebung zeigen, die Jaime Whitford (1990) zwischen 1986 und 1988 in Managua, Matagalpa, Jinotega und Juigalpa durchführte, sind es nicht die militärischen Auswirkungen des Krieges, sondern vor allem die ökonomischen Kriegsfolgen, welche zum Auslöser von Angst und Verunsicherung in der Bevölkerung wurden.

Die Wahniederlage, welche die Sandinisten im Februar 1990 hinnehmen mußten, kann dennoch nicht nur auf die wirtschaftliche Misere zurückgeführt werden. Wie aus einer Meinungsumfrage

stehendes Kriegsende vermitteln konnte: im März 1988 war die Vereinbarung eines Waffenstillstandes mit der Contra gelungen.

Wie Jaime Whitford (1990, S.81f) berichtet, hatten zwischen 78.8% (in Juigalpa) und 87% (in Matagalpa und Jinotega) der Befragten eine negative Wahrnehmung der Situation des Landes. Trotz dieser kritischen Einschätzung der Lage, beurteilten aber nur jene (maximal 5.4%) der Befragten die Situation als "unerträglich" oder "unhaltbar", die vom Krieg am stärksten betroffen waren und zugleich die Situation des Landes nicht nur als schwierig, sondern auch sich selbst als ohnmächtig gegenüber der Realität empfanden. Im Gegensatz dazu glaubten 80% der Befragten "daß in ihnen positive Veränderungen stattfinden werden, Gefühle der Heiterkeit, des Glücks und der Ruhe, sofern der Krieg ein Ende

findet. Und viele sehen, daß es im Frieden einen Weg für die Entwicklung des Landes gibt".

Diese Hoffnung ist es denn auch gewesen, die sich am Ende als wahlentscheidend herausstellen sollte. Denn so sehr die Sandinisten eine Aussöhnung mit den USA anstrebten und ihre Bereitschaft zu Demokratie, Frieden und nationaler Aussöhnung praktisch unter Beweis stellten, erwiesen sie damit nur ihre Ohnmacht gegenüber dem Diktat der USA, die die Entscheidung über die Beendigung des Krieges und die Aufhebung der Wirtschaftsblockade ganz allein sich selbst vorenthielten.

Nach Einschätzung des Ministers für Planung und Staatshaushalt, Alejandro Martinez Cuenca, haben Krieg und Wirtschaftsboykott Nicaragua um fast 50 Jahre zurückgeworfen. Selbst wenn es gelingen sollte, die Exportkapazität von 1979 wiederzuerlangen, würden die Exporte von 25 Jahren benötigt werden, nur um die während der Amtszeit Reagans erlittenen Verluste auszugleichen. Ähnliche Rechnungen werden neuerdings auch von nordamerikanischen Experten aufgestellt: zwei Jahrzehnte lang müßte das nicaraguanische Bruttosozialprodukt jährlich um 5 Prozent wachsen, um auch nur auf den Stand von 1979 zu kommen.

Auch während des Wahlkampfes gestanden die Sandinisten offen ein, daß ein Wirtschaftsaufbau ohne regionale Entspannung unmöglich sei. Und sie versuchten auch nicht darüber hinwegzutäuschen, daß der Erfolg des Entspannungsprozesses letztlich von den USA abhing. Entsprechend hatte Präsident Ortega bereits vor Beginn des Wahlkampfes erklärt, daß Nicaragua bereit sei, mit den USA gemeinsam für Frieden in Lateinamerika zu arbeiten. Und noch bei der Stimmabgabe versicherte er der Bevölkerung seinen Willen, das Verhältnis zwischen Nicaragua und den USA zu normalisieren.

Die Sandinisten selbst hatten damit die Erfüllbarkeit ihrer Wahlversprechen vom Good Will der USA abhängig gemacht, die ihrerseits keinen Zweifel daran ließen, daß sie dazu kaum bereit sein würden, wenn die Sandinisten die Wahlen gewinnen. Zwar versicherte der Beauftragte des UN-Generalsekretärs zur Beobachtung der Wahlen, Elliott Richardson, am 15. Januar in Managua, die USA würden jedes Ergebnis der bevorstehenden Wahlen anerkennen, wenn dieses auf korrekte Weise zustandekomme, doch diente dies nur als Auftakt für die Infragestellung der Gültigkeit der Wahlen durch das US-Außenministerium 3 Tage später. Und nachdem sich ab-

zeichnete, daß infolge der strengen internationalen Wahlkontrollen eine Anfechtung der Wahlen wenig glaubwürdig sein würde, erklärte US-Außenminister Baker zwei Tage vor der Wahl, daß reguläre Wahlen allein für die USA keinen hinreichenden Grund darstellen würden, ihre Beziehungen zu Nicaragua zu normalisieren. Im Falle eines Wahlsieges der Sandinisten sei eine längere Periode "guter Führung" notwendig, bevor die USA "ins Auge fassen können, mit einer Prüfung zu beginnen, wie wir unsere Beziehungen normalisieren könnten. Für den Fall eines Wahlsieges der Opposition hatte US-Präsident Bush bereits im November angekündigt, das Handelsembargo gegen Nicaragua aufzuheben und die Wirtschaftshilfe wieder aufzuneh-

men.

Die nicaraguanische Bevölkerung hatte nicht zwischen den regierenden Sandinisten und dem Oppositionsbündnis UNO zu wählen. Sie hatte lediglich zu entscheiden, ob sie die Fortsetzung ihrer militärischen Nötigung und ihrer ökonomischen Strangulierung durch die USA sechs weitere Jahre lang ertragen wollte.

#### Literatur:

Chomsky, N., 1988. Die 5. Freiheit. Über Macht und Ideologie. Vorlesungen in Managua. Hamburg.

Kempf, W. (Hg.), 1990. Medienkrieg oder »Der Fall Nicaragua«. Hamburg.

Whitford, J., 1990. Angst und Krieg in Nicaragua.

In: Kempf, W. (Hg.), 1990. Medienkrieg oder »Der Fall Nicaragua«. Hamburg.

## Menschenrecht und Manipulation



Wilhelm Kempf (Hg.)

### Medienkrieg oder

### »Der Fall Nicaragua«

Politisch-psychologische  
Analysen über US-Propaganda  
und psychologische Kriegsführung

Zehn Jahre nach dem Sturz der Somoza-Diktatur ist Nicaragua noch immer nicht zur Ruhe gekommen. Nicht nur während der Amtszeit Reagans, auch unter der Präsidentschaft des früheren CIA-Chefs Bush führen die USA einen erbitterten Krieg gegen das kleine Land in Mittelamerika.

Von den USA als Kampf gegen die Ausdehnung des »kommunistischen Einflußbereichs« proklamiert, erweist sich der Krieg bei genauer Analyse vor allem als Kampf für das »Recht« der USA, die Welt gemäß ihren »nationalen Interessen« bestimmen zu können. Um diesen Anspruch zu legitimieren gewinnen Propaganda und psy-

chologische Beeinflussung auch gegenüber der nordamerikanischen Öffentlichkeit und gegenüber den europäischen Verbündeten zunehmend an Dringlichkeit. Der von der US-Regierung so bezeichnete »Fall Nicaragua« wurde zur »größten moralischen Herausforderung der USA seit dem letzten Weltkrieg« erklärt.

In diesem Buch — herausgegeben von dem in Konstanz lehrenden Psychologen Wilhelm Kempf — wird erstmals der »Medienkrieg« unter politisch-psychologischen Gesichtspunkten analysiert. Der Band gliedert sich in drei Teile: »Krieg im Hinterhof« ist der Teil betitelt, der die politischen, ökonomischen und psychologischen Dimensionen auslotet; in »Emanzipation und Manipulation« wird die Frage der Menschenrechte von unterschiedlichen Richtungen her thematisiert. Der dritte Bereich — »Fiktion und Realität« — widmet sich der Informations- und Unterhaltungspolitik zum Thema Nicaragua in den westlichen Medien.

Aus dem Inhalt: J.W. Delgadillo. Angst und Krieg in Nicaragua. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung; H. Riquelme. Psychokulturelle Auswirkungen des Staatsterrorismus in Südamerika; W. Kempf/U. Palmbach. Rambogate. Militaristische und antidemokratische Propaganda im Hollywood-Film.

EPS 16. 219 S., DM 28.—

## Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13